

Im arabischen Musterland herrscht Angst

Gewaltbereite Radikalislamisten untergraben die junge Demokratie Tunesien

Nach dem Mordanschlag auf Touristen in Tunis ruft die Regierung zum Kampf gegen den Terrorismus auf. Doch Durchhalteparolen allein werden nicht genügen.

Beat Stauffer

Tunesien steht noch immer unter Schock. Nach dem Terroranschlag auf das Nationalmuseum am vergangenen Mittwoch, bei dem 23 Personen getötet wurden, wollen die Behörden nun aber Gegensteuer geben und die Bürger gegen eine importierte «Kultur des Todes» mobilisieren. Staatspräsident Béji Caïd Essebsi rief zu Einigkeit, Aussöhnung und einem Aufgebot aller Kräfte gegen die Feinde der tunesischen Republik auf.

Sicherheit für Städte

Ob sich ideologisch verblendete Jihadisten von Durchhalteparolen und Schweigemärschen beeindruckt lassen, ist allerdings fraglich. Schon eher Wirkung zeigen dürften die Sofortmassnahmen, welche die tunesische Regierung beschlossen hat, um weitere Anschläge zu verhindern. Laut Alaya Allani, Professor an der Universität Tunis, wird nun kurzfristig eine neue Kommandostruktur geschaffen. Mit deren Hilfe sollen vor allem die grossen Städte vor Angriffen geschützt werden. Darin arbeiten Polizeikräfte und Sondertruppen der Armee unter einem gemeinsamen Kommando.

Mittlerweile hat sich auch der Nebel um das Umfeld und die Herkunft der Täter gelichtet. Im Maghreb besteht im Gegensatz zu Syrien keine Feindschaft zwischen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und den schon länger existierenden jihadistischen Gruppen. Die in den Chaambi-Bergen verschanzten Kämpfer der Okba Ibn Nafaa haben laut Allani vor rund zwei Monaten erklärt, sie würden eine Allianz mit den neu gegründeten Zellen des IS in Libyen eingehen. Ansar al-Sharia, die in Tunesien in den vergangenen Monaten sehr hart

verfolgt wurde, hat ebenfalls dem IS die Treue geschworen.

Es gebe eine grosse ideologische Nähe und fließende Übergänge zwischen diesen Terrorgruppen, sagt Allani. Zum Teil handle es sich um dieselben Personen, die gewissermassen unter verschiedenen Labels auftraten. Ansar al-Sharia ist nach Einschätzung von Allani zu 80 Prozent zerschlagen. Die verbleibenden Kämpfer sollen sich in Schläferzellen organisiert haben. Von diesen Zellen geht zurzeit die grösste Gefahr aus. Weitere Anschläge können deshalb nicht ausgeschlossen werden.

In den letzten Tagen ist der Streit um die Verantwortung für die Verbreitung des Jihadismus im Land neu entbrannt. Unter Beobachtern besteht kein Zweifel, dass die islamistische Partei Nahda in Sicherheitsfragen gravierende Fehler begangen hat. Die Freilassung von gewaltbereiten Islamisten sowie die Duldung radikaler Prediger, die vor Schulen, in Moscheen und selbst in Gefängnissen ihre Botschaft verbreiten konnten, hat die Nahda zu verantworten. Innert kürzester Zeit konnten sich so gewaltbereite Extremisten eine grosse Öffentlichkeit verschaffen und Hunderttausende von zumeist jungen Menschen erreichen.

Die Nahda wolle ihre Verantwortung in dieser Sache nicht anerkennen, sagt Amel Grami, Kulturwissenschaftlerin an der Universität Tunis. Sie plädiert für dringende Massnahmen vor allem im Erziehungswesen. Dort haben in den letzten vier Jahren mehrere tausend Islamisten, die unter dem gestürzten Diktator Ben Ali im Gefängnis sassen, Posten erhalten. Dringend nötig wäre, sagt Grami, auch eine stärkere Kontrolle der Moscheen, in denen nach wie vor radikale Imame tätig seien.

Grami plädiert dafür, endlich die Gründe zu erforschen, die Zehntausende Jugendlicher in die Hände von Jihadisten getrieben haben. Einen wesentlichen Faktor sieht sie in der Korruption, die alle Bereiche der Gesellschaft

durchdrungen habe. «Banditen und dubiose Geschäftemacher sind gegenwärtig daran, die Politik wie auch die Medien zu korrumpieren», sagt Grami. Ein Wille, dieser «Seuche» entgegenzutreten, sei nicht ersichtlich.

Verwahrloste Jugend

Gleichzeitig haben laut Grami weder Parteien noch die Zivilgesellschaft ein gesellschaftliches Projekt und Visionen, welche die junge Generation ansprechen könnten. Genau dies scheine hingegen die Terrororganisation IS den jungen Tunesiern anzubieten. «Die politischen Eliten wie auch die Intellektuellen haben in dieser Hinsicht vollkommen versagt», erklärt Grami. Es brauche nun dringend Gegenstrategien, um der lebensfeindlichen Kultur der Jihadisten entgegenzutreten.

Doch das sind Langzeitprojekte. Die Radikalisierung in den Köpfen lässt sich weder mit einem neuen Anti-Terror-Gesetz noch mit Repression bekämpfen. Im Land, das den Arabischen Frühling ausgelöst hat, ist die Ratlosigkeit gross.